



Fukushima und die Konsequenzen: Grün statt Leuthard

Jetzt Rot-Grün – aber richtig!

24. März 2011

Von Beat Ringger

Fukushima ist eine Zäsur in der Geschichte der Menschheit. Eleven-Three wird weitreichendere Folgen haben als Nine-Eleven. Selbst wenn es in Fukushima gelingen sollte, einen Durchbruch der Kernschmelze in die Auffangbecken und ins Grundwasser zu verhindern, werden in einem der am dichtesten bewohnten Länder der Erde Hunderte, wenn nicht Tausende von Quadratkilometern für Generationen unbewohnbar. Der Austrag von radioaktivem Material in die Wasserkreisläufe ist bereits jetzt so hoch, dass die Folgen unabsehbar sind. Kommt es zu einem Super-GAU, dann dürften weite Teile unseres Planeten betroffen werden. Man darf gar nicht daran denken, in welchem Mass die Weltmeere und die globalen Wasserkreisläufe dann verseucht werden könnten.

Ein Teil der bürgerlichen Kräfte hat die Zäsur erkannt und rüstet sich deshalb bereits für die Auseinandersetzung darüber, wie ein Ausstieg aus der Atomenergie zu bewerkstelligen wäre. Die Preisfragen aus bürgerlicher Sicht lauten: Wie kann die Zeche für den Ausstieg auf die Bevölkerung abgewälzt werden, und wie können die Energiepreise für die Unternehmen möglichst tief gehalten werden (zum Beispiel durch den Bau von Gaskombikraftwerken). FdP-Tycoon Filippo Leutenegger forderte bereits, die Umweltauflagen bei der Bewilligung fossiler Elektrizitätswerke seien zu schleifen. Damit würden auch noch die eh bescheidenen Ziele der Klimapolitik über Bord geworfen. O-Ton Leutenegger: Die Grünen hätten nun Vernunft anzunehmen(!).

Gerade das darf nicht geschehen: Eleven-Three darf nicht „nur“ eine Zäsur in der Nutzung der Atomkraft bleiben. Was wir nun dringend brauchen ist eine Zäsur in der Politik insgesamt. Zunächst einmal in der Energiepolitik: Gefordert ist ein entschlossener Wechsel zu einer nachhaltigen Energieversorgung: Die Verschwendung von Energien muss gestoppt, erneuerbare Energiequellen massiv gefördert werden. Was ja wohl nicht in Frage kommt: Ein verstärktes Anheizen des Klimawandels à la Leutenegger. Und klar: Mühleberg und Betznau sind sofort stillzulegen, der Ausstieg aus der Atomtechnologie so rasch als möglich voranzubringen.

Wir brauchen aber auch eine Zäsur im Machtgefüge. Den Menschen wird gerade vorgeführt, welche katastrophalen Folgen die von Geschäftsinteressen geleitete Politik hat. Es kann nicht sein, dasselbe Politikpersonal, das an den Tröpfchen der Atomlobby gehangen hat, nun weiterhin die politischen Geschäfte führt.

Linke und Grüne müssen sich nun zusammentun und gemeinsam einen veritablen Politikwechsel einfordern. Doris Leuthard ist die Frau der Atomlobby. Sie steht dem umweltpolitischen Schlüsseldepartement UVEK vor. Sie soll jetzt zurücktreten und einer grünen Bundesrätin Platz machen. Die Chargen der Energiekonzerne und der massgebenden Behörden sind ebenfalls neu zu besetzen – mit Leuten, denen ernsthaft an einer Energiewende gelegen ist. Bundesrat Schneider-Amman soll mit Simonetta Sommaruga die Departemente tauschen – so, wie es die SP schon im Herbst wünschte. Damit kommt auch das aus Umweltsicht zweite Schlüsseldepartement - das Volkswirtschaftsdepartement – in rot-grüne Hand. Damit sind die personellen Voraussetzungen für einen echten Wechsel in der Umweltpolitik gegeben.

Bleibt die Frage, wie ein öko-sozialer Umbau finanziert wird. Womit wir bei den Finanzmärkten wären. Nicht nur in den Atomkraftwerken drohen Kernschmelzen, sondern auch anderswo. Vor zweieinhalb Jahren erlebten die Finanzmärkte den GAU. Der Super-GAU konnte mit Ach und Krach gerade noch abgewendet werden. Selbst die NZZ bezweifelt, dass daraus ernsthafte Lehren gezogen worden sind, "wenn man sich vor Augen führt, wie viel billiges Geld noch immer in das System fließt"¹. Das ist erstaunlich klarsichtig. Tatsächlich: Was für AKW das schmelzende Brennmaterial, sind für Finanzmärkte Kapitalüberschüsse: Riesige Geldmengen, die „gierig“ von einer Spekulationsblase zur nächsten getrieben werden. So investierten die Finanzinstitute 2009 und 2010 enorme Summen in windige Derivate, die auf Kursveränderungen von Staatspapieren spekulierten und die die Krise der Staatsfinanzen erst so richtig in Fahrt brachten. Und die nächste Blase wird bereits angeschoben: Spekulationsobjekt sind (wie schon 2007) Rohstoffe und Nahrungsmittel – mit der bekannten Folge, dass die Nahrungsmittelpreise stark ansteigen und Dutzende von Mio Menschen in den Hunger getrieben werden.

Neben der Energiewende lautet deshalb das zweite links-grüne Kernprojekt: Der Reichtum muss aus den Finanzmärkten abgeschöpft und in die Zonen gesellschaftlicher Nützlichkeit überführt werden. Das Denknetz hat vorgerechnet, dass mit den geeigneten Steuern in der Schweiz jährlich 25 bis 30 Mia CHF rückverteilt werden können, ohne dass dies zu einem Exodus der Unternehmen und der Reichen führen würde (wohin sollten sie auch gehen? Nach Irland?). Das Programm lautet: ökologischer Umbau statt Bankerboni, Kinderkrippen statt Spekulationsblasen. Und Freizeittaumel statt Konsumrausch: Drei Jahre bezahltes Sabbatical für alle mit einem Grundeinkommen von 3200.- kosten weniger als 3% des BIP – eine Summe, die beim durchschnittlichen BIP-Anstieg der letzten Jahre in weniger als zwei Jahren erarbeitet ist.

Mag sein, dass der Vorschlag der SP, alle Parteien um einen runden Tisch für den Atomausstieg zu versammeln, ein geschickter Schachzug ist. Keinesfalls dürfen solche Vorschläge jedoch dazu dienen, politische Verantwortlichkeiten unter den Tisch zu wischen. Die Linken und Grünen dürfen nicht Hand dazu bieten, dass die Bürgerlichen nun ihre Haut unbeschadet über die Runden bringen – nur um morgen ihre fatale, umweltzerstörerische und finanzmarktgeile Politik fortzusetzen..

Der gemeinsame Slogan der links-grünen Parteien im Hinblick auf die Wahlen vom Herbst muss vielmehr lauten: Rot-Grün – jetzt aber richtig! Jetzt ist der richtige Zeitpunkt, die Schaltstellen der Macht einzufordern, damit die nötige Politikwende möglich wird: Die Schlüsselstellen im Bundesrat, die Schaltstellen in der staatlichen Energiewirtschaft. Ein Gewinn von 5-10% der Stimmen ist machbar – aber nur, wenn die Leute den Eindruck bekommen, eine echte Alternative zu haben. Ein solcher Stimmengewinn würde die Kräfteverhältnisse in der Schweiz deutlich verschieben. Nötig ist das allemal. Halleluja!

¹ Mehr als eine Fussnote. NZZ-Leitartikel vom 19./20.März (Markus Spillmann)